



Unsere Position zu CO<sub>2</sub>

# CO<sub>2</sub>-Infrastruktur: Zukunft gestalten

In der nächsten Wahlperiode müssen die Weichen für eine nachhaltige Zukunft Deutschlands gestellt werden, um den Wirtschafts- und Industriestandort zukunftsfähig aufzustellen und die Klimaziele bis 2045 zu erreichen. Carbon Management (CM) und vor allem eine funktionierende CO<sub>2</sub>-Transportstruktur zur Ermöglichung von CCU/S-Technologien nehmen eine Schlüsselrolle ein. CM ermöglicht hierbei die notwendige Transformation von Wirtschaft und Industrie, z. B. in der Zement-, Kalk-, Abfall-, Stahl- und Chemieindustrie.

Für die schnelle Umsetzung und den Erfolg von Carbon Management als dritte Säule der Energiewende – neben erneuerbaren Energien und Wasserstoff – ist die Schaffung geeigneter rechtlich-regulatorischer sowie investitionsauslösender Rahmenbedingungen notwendig. Daher kommt es jetzt darauf an, dass folgende rechtlich-regulatorische Anpassungen für den Aufbau der Carbon Management-Value Chain sehr schnell umgesetzt werden, da sonst eine weitere Verzögerung der Projekte droht.

## **Rechtlichen Rahmen für den Aufbau einer CO<sub>2</sub>-Infrastruktur sofort ermöglichen!**

Das Gesetz schafft die Grundlage für den CO<sub>2</sub>-Transport und das entsprechende Transportnetz zum Zwecke von CCU/S und leistet somit einen Beitrag zur Erreichung der Net-Zero-Ziele für die Industrie wie beispielsweise Kalk, Zement, Abfall, Stahl und Chemie. Ohne das Gesetz können Genehmigungsverfahren für den Aufbau der CO<sub>2</sub>-Infrastruktur nicht begonnen werden. Das führt zu Verzögerungen in der Projektentwicklung und hat direkte Auswirkungen auf die Dekarbonisierungsvorhaben der genannten Industrien.

## **Grenzüberschreitenden Transport und Speicherung von CO<sub>2</sub> ermöglichen!**

Der zügige Aufbau der Infrastruktur gelingt nur, wenn das übergreifende öffentliche Interesse im Gesetz inkludiert wird. Andernfalls besteht die Gefahr, dass der Wirtschaftsstandort diese Industriezweige gegebenenfalls verliert. Insgesamt ist hier Schnelligkeit gefragt – eine deutschlandweite CO<sub>2</sub>-Infrastruktur bis 2040, die eine entscheidende Transitfunktion in Europa einnehmen würde, wird nur unter schnell geschaffenen und optimalen Rahmenbedingungen möglich sein.

Das London-Protokoll sowie das Hohe-See-Einbringungsgesetz spielen eine entscheidende Rolle für die CO<sub>2</sub>-Wertschöpfungskette, da es die rechtlichen Rahmenbedingungen für den grenzüberschreitenden Transport und die Speicherung von CO<sub>2</sub> in der deutschen AWZ festlegt. Ohne die Ratifizierung des London-Protokolls und die Novellierung des HSEG könnten rechtliche Unsicherheiten und regulatorische Hürden den Fortschritt und die Investitionen in CO<sub>2</sub>-Management-Technologien erheblich behindern. Dies würde nicht nur die Erreichung der nationalen und europäischen Klimaziele gefährden, sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie beeinträchtigen.

Daher ist es von größter Bedeutung, dass das Protokoll und das Gesetz schnellstmöglich ratifiziert bzw. verabschiedet werden, um die notwendigen rechtlichen Grundlagen für eine nachhaltige und zukunftsfähige CO<sub>2</sub>-Wertschöpfungskette zu schaffen.

## **Finanzierungsrahmen und De-Risking für den CO<sub>2</sub>-Infrastrukturaufbau schaffen**

Für den erfolgreichen Aufbau der Carbon Management-Value Chain, insbesondere der CO<sub>2</sub>-Transportinfrastruktur, sind passende Investitionsbedingungen und ein De-Risking beim privatwirtschaftlichen Aufbau unerlässlich. Der Aufbau einer CO<sub>2</sub>-Transportinfrastruktur erfordert erhebliche Investitionen insbesondere in den ersten Jahren, wenn die Infrastruktur noch nicht vollständig ausgelastet ist.

Ohne geeignete finanzielle Anreize und Absicherungsmechanismen könnten potenzielle Investoren durch die hohen Anfangskosten und die Unsicherheiten abgeschreckt werden. Ein verlässlicher Finanzierungs- und Absicherungsmechanismus ist notwendig, um Investitionssicherheit zu gewährleisten und den Hochlauf der Infrastruktur zu beschleunigen. Dies könnte durch staatliche Förderungen, langfristige Verträge oder andere finanzielle Anreize wie z.B. Bürgschaften oder Garantien erreicht werden, die das Risiko für private Investoren minimieren.

Ein solcher Rahmen würde nicht nur die Attraktivität von Investitionen in die CO<sub>2</sub>-Transportinfrastruktur erhöhen, sondern auch sicherstellen, dass die notwendigen Kapazitäten rechtzeitig zur Verfügung stehen, um die Klimaziele zu erreichen.

## **Europäisches Carbon Management als Enabler für ein europaweites CO<sub>2</sub>-Netz**

In der neuen Legislaturperiode werden auf europäischer Ebene verschiedene Legislativvorschläge zum CO<sub>2</sub>-Management erwartet. Die neue EU-Kommission wird in den ersten 100 Tagen eine Mitteilung zum Clean Industrial Deal veröffentlichen. Darin enthalten sein soll unter anderem ein Vorschlag zum CO<sub>2</sub> regulatory package für die Speicherung und den Transport von CO<sub>2</sub>. Außerdem wird die EU-Kommission Legislativvorschläge zur Erreichung des Klimaziels für 2040 vorlegen. Hier werden konkrete Regelungen erwartet, um die ambitionierten Emissionsreduktionsziele, inklusive Negativemissionen und CO<sub>2</sub>-Speicherung, zu erreichen.

Aus OGE-Sicht kommt es beim legislativen Rahmen darauf an, Regelungen zu entwerfen, die den Aufbau der CO<sub>2</sub>-Infrastruktur fördern, dem Markt dienlich sind und ein europaweites Netz ermöglichen. Nur durch ein frühzeitiges CO<sub>2</sub>-Management können die Net-Zero-Ziele der Europäischen Union erreicht werden.

Durch uns fließt Energie.

**Ansprechpartner:**

